

Schriftliche Stellungnahme

Verhaltensorientierte Rüstungskontrolle

Ein Neuansatz für die nukleare Kernwaffenkontrolle

Dr. Ulrich Kühn

Verhaltensorientierte Rüstungskontrolle

Ein Neuansatz für die nukleare Kernwaffenkontrolle

Schriftliche Stellungnahme von Dr. Ulrich Kühn¹, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg², zur Öffentlichen Anhörung „Zukunft der globalen Abrüstungs- und Rüstungskontrollarchitektur“ des Unterausschusses Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestags, 8. Mai 2023, 17:00 Uhr, Paul-Löbe-Haus, Sitzungssaal: 4.900, übersendet am 9. Mai 2023

In dieser schriftlichen Stellungnahme widme ich mich ausschließlich der nuklearen Rüstungskontrolle. Ich werde mich ausschließlich auf die nukleare Rüstungskontrolle konzentrieren. Dabei sind mir drei Punkte wichtig: Erstens, die formalisierte amerikanisch-russische Nuklearwaffenkontrolle ist am Ende. Zweitens, ihre Wiederbelebung erscheint zum jetzigen Zeitpunkt sehr unwahrscheinlich. Drittens, ein Ansatz sogenannter „Verhaltensorientierter Rüstungskontrolle“ könnte eine Brückenfunktion einnehmen, bis „klassische“ Rüstungskontrolle wieder möglich wird. Bis dahin, müssen die Reste der klassischen Rüstungskontrolle unbedingt bewahrt werden.

DAS ENDE DER „KLASSISCHEN“ KERNWAFFENKONTROLLE

Mit der russischen Suspendierung des New-START-Abkommens enden fünf Jahrzehnte formalisierter Nuklearwaffenkontrolle zwischen Moskau und Washington. ABM-Vertrag, INF-Vertrag, nun New START – die Liste der gescheiterten Abkommen ist lang und könnte noch um multilaterale Abkommen, wie KSE oder den Vertrag über den Offenen Himmel ergänzt werden.

Warum scheiterten diese Abkommen? Ich sehe v.a. drei Gründe: ein zunehmender militärisch-geopolitischer Wettbewerb zwischen Russland und den USA, zunehmend ergänzt durch China. Eine zunehmende Vermischung ehemals separater militärischer Domänen – nuklear, konventionell, Cyber

¹ Dr. Ulrich Kühn (Kontakt: kuehn@ifsh.de) ist Leiter des Forschungsbereichs „Rüstungskontrolle und Neue Technologien“ am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH). Die in dieser schriftlichen Stellungnahme ausgedrückten Meinungen und Schlussfolgerungen sind die des Autors und sollten nicht stellvertretend für das IFSH oder irgendeine andere Organisation interpretiert werden.

² Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) erforscht die Bedingungen von Frieden und Sicherheit in Deutschland, Europa und darüber hinaus. Das IFSH forscht eigenständig und unabhängig. Es wird von der Freien und Hansestadt Hamburg finanziert.

und im Weltraum – befeuert durch militärtechnologische Innovationen. Drittens, ein starker innenpolitischer Antagonismus in den USA zw. Republikanern und Demokraten, der sich u.a. in häufig gegensätzlichen Positionen zur Rüstungskontrolle ausdrückt.

Um weiterhin relevant zu sein, müsste zukünftige Nuklearwaffenkontrolle somit auf China ausgedehnt werden, neue militärische Domänen miteinschließen und eine parteiübergreifende Zustimmung in den USA gewinnen. All dies erscheint zum jetzigen Zeitpunkt äußerst unwahrscheinlich. Eine Wiederbelebung der „klassischen“ Nuklearwaffenkontrolle, mit vertraglich vereinbarten Obergrenzen für separate Waffenkategorien – so wünschenswert sie auch sein mag – ist momentan nicht absehbar.

EIN NEUANSATZ: VERHALTENSORIENTIERTE RÜSTUNGSKONTROLLE

Um nun nicht in Depression, Nichtstun oder rein appelles Verhalten zu verfallen, braucht es einen grundsätzlichen Neuansatz. Verhaltensorientierte Rüstungskontrolle könnte ein solcher sein. Sie könnte eine Brückenfunktion einnehmen, bis eine Rückkehr zur „klassischen“ Nuklearwaffenkontrolle wieder möglich wird.

Die Bali-Erklärung der G20 aus dem vergangenen Jahr bietet einen ersten Anknüpfungspunkt. Darin verständigten sich die Staaten darauf, dass „der Einsatz oder die Androhung des Einsatzes von Kernwaffen unzulässig ist“³. Damit wurde eine zentrale Verhaltensnorm des Nuklearzeitalters bekräftigt: nämlich, dass der Einsatz von Nuklearwaffen tabu ist.⁴

Weitere Akteure setzen zunehmend auf verantwortungsorientiertes Verhalten. Die NATO hat jüngst allgemeine Grundsätze für den verantwortungsvollen Einsatz künstlicher Intelligenz verabschiedet.⁵ Die US-Regierung legte erst kürzlich eine erste politische Erklärung zur verantwortungsvollen militärischen Nutzung von künstlicher Intelligenz und Autonomie vor.⁶ Das Vereinigte Königreich bemüht sich um die Festlegung von Verhaltensnormen zur Verringerung von Bedrohungen aus dem Weltraum.⁷ Und selbst Russland unterrichtet die Vereinigten Staaten trotz der Aussetzung des New-START-Abkommens weiterhin über seine bevorstehenden Raketentests.

³ G20 Bali Leaders' Declaration, Bali, Indonesia, 15-16 November 2022.

<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/997532/2143366/2d83f07f195e98a12f1f7659dacea285/2022-11-16-g20-declaration-data.pdf?download=1>. Zugriff am: 09.05.2023 [Übersetzung aus dem Englischen durch den Autor].

⁴ Tannenwald, Nina. 1999. The Nuclear Taboo: The United States and the Normative Basis of Nuclear Non-Use, in: International Organization 53: 3, S. 433-468.

⁵ NATO. 2021. Summary of the NATO Artificial Intelligence Strategy. https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_187617.htm. Zugriff am: 09.05.2023.

⁶ U.S. Department of State. 2023. Political Declaration on Responsible Military Use of Artificial Intelligence and Autonomy. <https://www.state.gov/political-declaration-on-responsible-military-use-of-artificial-intelligence-and-autonomy/>. Zugriff am: 09.05.2023.

⁷ UK WORKING PAPER FOR THE UN OPEN ENDED WORKING GROUP ON REDUCING SPACE THREATS THROUGH NORMS, RULES AND PRINCIPLES OF RESPONSIBLE BEHAVIOURS. <https://documents.unoda.org/wp-content/uploads/2022/05/FINAL-space-threats-OEWG-UK-working-paper-FINAL.pdf>. Zugriff am: 09.05.2023.

Was all diesen unterschiedlichen Initiativen gemein ist: sie zielen auf Verhaltensstandards für ein Mindestmaß an Stabilität ab. Sie gehen davon aus, dass selbst in Zeiten extremer internationaler Spannungen, Militärs und Staatenlenker bestimmte Verhaltensweisen als destabilisierend und gefährlich ablehnen. Cyberangriffe auf nukleare Kommando- und Kontrollsysteme wären ein solch destabilisierendes Verhalten. Der Angriff auf Frühwarnsatelliten könnte ein weiteres sein. Das Testen von Atomwaffen – das von der Mehrheit der Staaten bereits als tabu angesehen wird – könnte hinzukommen.

EIN GLOBALER ANSATZ

Um diese unerwünschten Verhaltensweisen zu stigmatisieren und gleichzeitig gewünschte Verhaltensstandards zu fördern, sollte der Westen, unter Führung der USA, die Initiative ergreifen. Zunächst sollten sich die Verbündeten über gemeinsame Verhaltensstandards verständigen und dabei auch identifizieren, welche Standards von Russland und China, sowie weiteren Nuklearmächten mitgetragen werden könnten bzw. in Moskau und Peking auf Interesse stoßen könnten. Frühzeitig sollten die Schwergewichte des Globalen Südens mit eingebunden werden.

Deutschland käme dabei eine zentrale Rolle als Scharnier zwischen westlichem Bündnis und den Staaten des Globalen Südens zu. Ziel wäre eine politisch verbindliche Charta mit möglichst breit akzeptierten Verhaltensstandards.

Die zunehmenden Großmachtkonflikte brauchen Leitplanken. Ansonsten drohen nicht nur multiple Rüstungswettläufe, sondern auch der erneute Einsatz von Kernwaffen. Verhaltensorientierte Rüstungskontrolle könnte – Kraft einer normativen Orientierung – einen wichtigen Beitrag zu Frieden und Stabilität leisten.